Europäisches Parlament
2019-2024

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2023/2168(DEC)

24.1.2024

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

für den Haushaltskontrollausschuss

zu der Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans der Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) für das Haushaltsjahr 2022
(2023/2168(DEC))

Verfasser der Stellungnahme: Tomáš Zdechovský

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ersucht den federführenden Haushaltskontrollausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt, dass der Erklärung des Rechnungshofs zufolge die der Jahresrechnung der Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) für das Haushaltsjahr 2022 zugrunde liegenden Vorgänge in allen wesentlichen Belangen rechtmäßig und ordnungsgemäß sind;

2. nimmt eine anhaltende Bemerkung aus dem Jahr 2020 zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge zur Kenntnis, die auf der Unterzeichnung eines Rahmenvertrags mit einem einzigen Unternehmen über das Leasing von Fahrzeugen beruht, was zu unrechtmäßig gezahlten Beträgen in Höhe von 59 281 EUR im Berichtszeitraum führte; stellt fest, dass der Vertrag 2024 ausläuft und dass alle weiteren Einzelverträge innerhalb dieses Rahmenvertrags vergeben wurden; fordert Eurojust auf, dieser Bemerkung in vollem Umfang Rechnung zu tragen, alle Empfehlungen des Rechnungshofs umzusetzen und der Entlastungsbehörde über die erreichten Fortschritte Bericht zu erstatten;

3. nimmt ferner die Bemerkung des Rechnungshofs zur Kenntnis, wonach Eurojust die in Artikel 116 der Haushaltsordnung festgelegten Zahlungsfristen nicht eingehalten hat; nimmt die Antwort von Eurojust zur Kenntnis, wonach eine Umstellungsphase auf das neue Haushalts- und Finanzsystem SUMMA, das sich in der Pilotphase befand, durchlaufen werden musste, was zu Verzögerungen und technischen Schwierigkeiten bei der Bearbeitung der Vorgänge geführt hat; weist darauf hin, dass die Mittelübertragungen bei Eurojust deutlich unter den Schwellenwerten liegen;

4. begrüßt, dass die Fallarbeit von Eurojust stetig zunimmt (im Jahr 2022 um 14 %), dass 528 Koordinierungssitzungen und 22 Koordinierungszentren organisiert wurden und dass Eurojust 265 gemeinsame Ermittlungsgruppen unterstützt, die Vollstreckung von 1 262 Europäischen Haftbefehlen erleichtert und die Anwendung von 5 415 Europäischen Ermittlungsanordnungen ermöglicht hat; stellt fest, dass die von Eurojust im Jahr 2022 bearbeiteten Fälle mehr als dreimal so viele Opfer betrafen wie 2021;

5. würdigt die von Eurojust unterstützte transnationale Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden und die enge Zusammenarbeit mit allen an der Prozeduralfolge im Strafrecht beteiligten Akteuren, die zur Festnahme von mehr als 4 000 Verdächtigen, zur Beschlagnahme und/oder zum Einfrieren von illegal erworbenen Vermögenswerten im Wert von fast 3 Mrd. EUR und zur Sicherstellung von Drogen im Wert von fast 12 Mrd. EUR beigetragen haben;

6. nimmt zur Kenntnis, dass das Mandat von Eurojust als rasche Reaktion auf den Einmarsch Russlands in der Ukraine erweitert wurde, um die Sicherung, Analyse und Aufbewahrung von Beweismitteln im Zusammenhang mit Kernverbrechen des Völkerstrafrechts und die Einrichtung einer Justizdatenbank zur Erhebung und Analyse von Beweismitteln im Zusammenhang mit Kernverbrechen des Völkerstrafrechts einzubeziehen;

7. begrüßt die Bemühungen von Eurojust, die Digitalisierung der Justiz und die Umsetzung des neuen Fallbearbeitungssystems von Eurojust zu unterstützen;

8. begrüßt die fortgesetzte Zusammenarbeit von Eurojust mit anderen JI-Agenturen und weiteren Interessenträgern; begrüßt die Einleitung von 14 Verfahren, an denen die Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA) beteiligt ist, die enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF), der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), dem Europäischen Datenschutzbeauftragten (EDSB) und der Agentur der Europäischen Union für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (eu-LISA) sowie die Tatsache, dass Eurojust weiterhin mit dem Europäischen Justiziellen Netz für Strafsachen (EJN) zusammenarbeitet, wodurch die Zahl der Fälle, die 2021 an das EJN verwiesen wurden, auf 44 gestiegen ist; begrüßt ferner die Ausweitung der Eurojust-Kontaktstellen auf mehr als 60 Länder.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	23.1.2024
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 51 –: 2 0: 2
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Magdalena Adamowicz, Abir Al-Sahlani, Katarina Barley, Pietro Bartolo, Theresa Bielowski, Patrick Breyer, Saskia Bricmont, Jorge Buxadé Villalba, Damien Carême, Patricia Chagnon, Lena Düpont, Lucia Ďuriš Nicholsonová, Cornelia Ernst, Nicolaus Fest, Maria Grapini, Sylvie Guillaume, Andrzej Halicki, Evin Incir, Sophia in ‘t Veld, Patryk Jaki, Marina Kaljurand, Assita Kanko, Łukasz Kohut, Moritz Körner, Alice Kuhnke, Jeroen Lenaers, Juan Fernando López Aguilar, Erik Marquardt, Javier Moreno Sánchez, Maite Pagazaurtundúa, Diana Riba i Giner, Isabel Santos, Birgit Sippel, Vincenzo Sofo, Tineke Strik, Milan Uhrík, Tom Vandendriessche, Elissavet Vozemberg-Vrionidi, Elena Yoncheva, Javier Zarzalejos
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Cyrus Engerer, José Gusmão, Beata Kempa, Leopoldo López Gil, Janina Ochojska, Anne-Sophie Pelletier, Bergur Løkke Rasmussen, Róża Thun und Hohenstein, Maria Walsh, Tomáš Zdechovský
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 209 Abs. 7)	Andrus Ansip, Hildegard Bentele, Maria da Graça Carvalho, Marisa Matias, Caroline Nagtegaal

ANLAGE: EINRICHTUNGEN ODER PERSONEN, VON DENEN DER VERFASSER DER STELLUNGNAHME BEITRÄGE ERHALTEN HAT

Der Verfasser der Stellungnahme hat bei der Vorbereitung der Stellungnahme Beiträge von folgenden Einrichtungen oder Personen erhalten:

Einrichtung und/oder Person
European Union Agency for Criminal Justice Cooperation (Eurojust)

Die vorstehende Liste wird unter der ausschließlichen Verantwortung des Verfassers der Stellungnahme erstellt.

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

51	+
ECR	Jorge Buxadé Villalba, Patryk Jaki, Assita Kanko, Beata Kempa
ID	Tom Vandendriessche
PPE	Magdalena Adamowicz, Hildegard Bentele, Maria da Graça Carvalho, Lena Düpont, Andrzej Halicki, Jeroen Lenaers, Leopoldo López Gil, Janina Ochojska, Elissavet Vozemberg-Vrionidi, Maria Walsh, Javier Zarzalejos, Tomáš Zdechovský
Renew	Abir Al-Sahlani, Andrus Ansip, Lucia Ďuriš Nicholsonová, Sophia in 't Veld, Moritz Körner, Caroline Nagtegaal, Maite Pagazaurtundúa, Bergur Løkke Rasmussen, Róża Thun und Hohenstein
S&D	Katarina Barley, Pietro Bartolo, Theresa Bielowski, Cyrus Engerer, Maria Grapini, Sylvie Guillaume, Evin Incir, Marina Kaljurand, Łukasz Kohut, Juan Fernando López Aguilar, Javier Moreno Sánchez, Isabel Santos, Birgit Sippel, Elena Yoncheva
The Left	Cornelia Ernst, José Gusmão, Marisa Matias, Anne-Sophie Pelletier
Verts/ALE	Patrick Breyer, Saskia Bricmont, Damien Carême, Alice Kuhnke, Erik Marquardt, Diana Riba i Giner, Tineke Strik

2	-
ID	Nicolaus Fest
NI	Milan Uhrík

2	0
ECR	Vincenzo Sofo
ID	Patricia Chagnon

Erklärung der benutzten Zeichen:
+ : dafür
- : dagegen
0 : Enthaltung